

Sitzungsperiode 2023-2024
Sitzung des Ausschusses II vom 28. November 2023

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 1517 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin WEYKMANS zum Projekt zur kostenlosen Bereitstellung von Fahrschulunterricht für Arbeitssuchende**

Mobilität spielt eine zentrale Rolle bei der Arbeitssuche, und der Besitz eines Führerscheins kann den Horizont von Arbeitssuchenden erheblich erweitern, indem er ihnen den Zugang zu einem Arbeitsplatz erleichtert, der möglicherweise weit von ihrem Wohnort entfernt ist.

Darüber hinaus ist der Besitz eines Führerscheins für viele Arbeitsplätze zu einer Schlüsselqualifikation geworden, und das Fehlen eines Führerscheins kann ein großes Hindernis für die Beschäftigungsfähigkeit darstellen.

2020 hatte die Wallonie angekündigt, dass Arbeitssuchende ihren Führerschein kostenlos machen könnten. Die Kosten würden von der Regionalregierung übernommen werden. Konkret würde die wallonische Regionalregierung die Kosten für 30 praktische Fahrstunden sowie die Kosten für die theoretische und praktische Prüfung übernehmen.

In Antwort auf eine mündliche Frage hatten Sie erwähnt, dass auch die Deutschsprachige Gemeinschaft plant, sich im Rahmen des Projekts "Vermittlung aus einer Hand" intensiv mit diesem Thema zu befassen.

Werte Frau Ministerin, erlauben Sie mir, Ihnen die folgenden Fragen zu stellen:

1. Wie ist der aktuelle Stand zu diesem Projekt?
2. Wie bewerten Sie das Projekt?
3. Sehen Sie Anpassungen vor, um das Projekt noch attraktiver und auf die spezifischen Bedürfnisse der Deutschsprachigen Gemeinschaft auszurichten?

- **Frage Nr. 1518 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zur Referenzierung der Stolpersteine in Ostbelgien**

Am 17. November berichtete der BRF über eine weitere Stolpersteinverlegung in Ostbelgien. Diesmal wurde in Hergenrath auf materielle Weise an ein Opfer des NS-Regimes gedacht. Es ist nicht das erste Mal, dass Künstler Gunter Demnig in Ostbelgien seine kleinen glänzenden Gedenktafeln in den Boden einlässt. Pressearchive weisen auf weitere Verlegungen in Eupen und Walhorn hin. Sie werden oft vor den letzten frei gewählten Wohnhäusern von NS-Opfern in den Straßen- bzw. Bürgersteigbelag eingelassen. Mittlerweile hat der Künstler über 100.000 dieser handgefertigten Gedenkobjekte in einer Großzahl Europäischer Länder verlegt.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Es sind Zeugen der Massenverbrechen der Nazis an Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und Oppositionellen, die verschleppt und ermordet wurden. Die Herangehensweise von Gunter Demnig ist es, Gedenkmomente (man stolpert mit dem Kopf und mit dem Herzen) auch neben zentralen Gedenkstätten in die Öffentlichkeit und den Alltag der Menschen zu tragen.

Angesichts des andauernden bzw. wiederauflammenden Antisemitismus in unsere Gesellschaft sind diese Steine der Erinnerung ein wichtiger Beitrag gegen das Vergessen, zur Veranschaulichung der NS-Gräueltaten und zur Vermittlung unserer Geschichte.

Auf dem Kulturerbeportal der DG werden unterschiedlichste Verzeichnisse und Archive z.B. von Kleindenkmälern oder Grabmälern referenziert. Es gibt auch verschiedene Themenrouten, von Kelten oder Hexen in der Eifel über Transformatorenhäuser bis zu diversen Kunst- oder Archäologiesammlungen. Verweise auf die Stolpersteine haben wir bei unserer Suche auf dem Portal jedoch nicht gefunden.

Wir sind der Meinung, dass diesen Denkmälern mehr Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Sie spielen eine wichtige Rolle in der Vermittlung der Regionalgeschichte in Verbindung mit der großen Geschichte. Sie bergen sicherlich auch ein gewisses touristisches Potential. Daher habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Gibt es einen ausdrücklichen Grund, weshalb die Stolpersteine in Ostbelgien bisher noch nicht auf dem Kulturerbeportal zu finden sind?
2. In welcher Form wären Sie dazu bereit, den Stolpersteinen einen höheren Stellenwert im Kultur- und Tourismusbereich zukommen zu lassen?

• **Frage Nr. 1519 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zu ihrer Vermittlungsrolle bei Saint-Gobain in Eupen**

Das BRF berichtete am 17. November, dass Sie eine CSC-Delegation der Saint-Gobain Filiale in Eupen getroffen haben. Dies haben Sie hier im PDG auch angekündigt. Jetzt heißt es in dem Bericht, dass Sie sich bereit erklärt haben, ebenfalls ein Gespräch mit der Direktion zu führen.

Saint-Gobain ist ein Großkonzern mit über 50 Milliarden € Umsatz und 170.000 Mitarbeitern. An der Herbesthaller Straße in Eupen führt er eine kleine Niederlassung mit 55 Mitarbeitern, und war vormals ein von ostbelgischen Unternehmern gegründeter und geführter mittelständischer Betrieb. Ende Oktober hat das Unternehmen beschlossen, bis zum Jahresende den Betrieb für die gesamte Belegschaft in Ostbelgien einzustellen.

Die Gewerkschaften kritisieren, dass, anders als in anderen Niederlassungen der Gruppe in Belgien, schon Jahre nicht mehr in den Standort investiert wurde. Nun läuft erstmal die gesetzlich vorgeschriebene Renault-Prozedur für Massenkündigungen.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende weiterführende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Die Gewerkschaft hofft auf Alternativen zu einer endgültigen und kompletten Schließung - zum Beispiel durch eine Übernahme. Auf Basis welcher politischen Befugnisse kann die DG in der Sache konstruktiv vermitteln?
2. Angesichts der schockierenden und kurzfristigen Ankündigung fordern die Gewerkschaften psychologische Hilfe für die Belegschaft, welche die Direktion ihnen nicht gewährt. Inwiefern kann die DG hier, z.B. mit den Psychologen im Arbeitsamt, insbesondere die neu eingerichtete Beschäftigungszelle, Abhilfe schaffen?
3. Sind womöglich Beihilfen (z.B. Aktiv-Mittel) an das Unternehmen geflossen, die jetzt im Falle einer Schließung zurückgezahlt werden müssten?

• **Frage Nr. 1520 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin WEYKMANS zur Zukunft der Infrastruktur für den Eupener Turnverein**

Ende September erreichte uns die Nachricht, dass der Turnverein Eupen aufgrund von schwerwiegenden Sicherheitsbedenken seine Aktivitäten einstellen wird. Diese Bedenken stehen in Zusammenhang mit dem Risiko, das der Auf- und Abbau der schweren Turngeräte birgt, wodurch die Sicherheit der Kinder nicht vollständig gewährleistet werden kann.

Am 3. Oktober habe ich im Parlament meine Besorgnis über diese Situation geäußert und an die Regierung die Frage gerichtet, welche Maßnahmen zur Lösung des Problems ergriffen werden können. Die Antwort der Regierung bot eine klare kurzfristige Perspektive: Ein Arbeitsgespräch wurde angekündigt, in dem mögliche Unterstützungsmaßnahmen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, einschließlich Förderungen durch das Infrastrukturdekret, diskutiert werden sollten.

Dabei ist es notwendig, einerseits eine kurzfristige Übergangslösung zu finden und andererseits an einer langfristigen Perspektive zum Bau einer Geräteturnhalle zu arbeiten. Da allerdings im kommenden Jahr auf allen beteiligten Ebenen Wahlen stattfinden, können naturgemäß auch politische Entscheidungsträger wechseln. Aus diesem Grund ist es wichtig, im Interesse des Turnsports im Eupener Raum bzgl. der langfristigen Perspektive eine Entscheidung zu treffen, die unabhängig des Wahlausgangs eine Garantie für eine eigene Halle darstellt.

Daher richte ich folgende Fragen an die Ministerin:

1. Wie ist der Stand der Dinge in dieser Angelegenheit nach den jüngsten Gesprächen?
2. Können Sie einen Überblick über den aktuellen Fortschritt im Prozess der Lösungsfindung geben?
3. Welche vom Wahlausgang unabhängige Sicherheiten können dem TV Eupen für eine langfristige Perspektive (eigene Halle) gegeben werden?

• **Frage Nr. 1521 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin WEYKMANS zu den Folgen der KFN Studie aus dem Jahr 2011**

Im Jahr 2011 wurde die Studie "Gewalterfahrungen und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft"¹ vom kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. veröffentlicht. Diese konzentriert sich auf die Themen Jugendkriminalität und Jugendgewalt. Durch eine repräsentative Umfrage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens wurden Daten erhoben, die anschließend mit deutschen Daten verglichen wurden. Die Stichprobe aus Ostbelgien bestand aus 735 Schülern der vierten Primarschulklasse und 1047 Schülern des dritten Sekundarschuljahres. Die Befragung fand im ersten Halbjahr 2010 statt.

Die Studienergebnisse zeigen, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 16,4 % der Jugendlichen als Täter bei mindestens einer Gewalttat in Erscheinung traten, verglichen mit 13,5 % in Deutschland. Weiterhin berichteten 17,7 % der Befragten aus der deutschsprachigen Gemeinschaft, im vorangegangenen Jahr mehr als einen Schluck Alkohol konsumiert zu haben, was über dem deutschen Wert liegt. Die Quote der Schulschwänzer erreichte 4,8 %, ebenfalls ein höherer Wert im Vergleich zu Deutschland. Insgesamt 50,1 % der befragten Jugendlichen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft gaben an, im Monat vor der Umfrage exzessiven Alkoholkonsum praktiziert zu haben.

Diese Studie ist nun über zehn Jahre alt. Vor diesem Hintergrund möchte ich an Sie, Frau Ministerin, folgende Fragen richten:

¹ Quelle: Baier, D. (2011). *Gewalterfahrungen und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

1. Gibt es bereits neuere Studien zum Thema Gewaltverhalten und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen speziell für die Deutschsprachige Gemeinschaft, die uns aktuellere Erkenntnisse über die Entwicklung dieser Problematik bieten?
2. Falls ja, welche Ergebnisse und Erkenntnisse haben diese Studien erbracht?

• **Frage Nr. 1522 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zur Zusammenarbeit Arbeitsamt der DG mit FOREM/VDAB**

Der wallonische Dienst für Beschäftigung und Ausbildung LE FOREM und das Arbeitsamt der DG haben im Jahr 2013 ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Ziel: die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und die Erhöhung der Mobilität der Arbeitssuchenden.

So vereinbarten LE FOREM und das Arbeitsamt zu diesem Zweck Personal auf Ebene der Regionaldirektion Verviers von LE FOREM abzustellen. Die Berater/innen von LE FOREM und des Arbeitsamtes erhielten Zugriff auf die Datenbank zur Verwaltung der Arbeitslosenakten und auf eine spezielle Anwendung zur Klassifizierung und Kodifizierung der Stellenangebote und Berufe, die LE FOREM benutzt.

Laut dem VRT vom 20.10.23 wollen die Arbeitsämter Flanderns und der Wallonie mehr Wallonen zu einem Job in der flämischen Region verhelfen. Das flämische VDAB und das wallonische FOREM arbeiten gemeinsam daran, im kommenden Jahr mindestens 12.500 arbeitssuchenden Wallonen in Flandern zu einer Anstellung zu verhelfen. Zum ersten Mal geben sich die beiden Arbeitsämter gemeinsam eine Zielrichtung vor.

Berechtigerweise spricht der VRT von einer absurden Situation, wenn der flämische Arbeitgeberverband Voka der Provinz Westflandern auf Suche nach Arbeitskräften in Indien und in Mexiko geht, statt in den Städten der Nachbarprovinz Hennegau, wie Tournai oder Mouscron kurz hinter der Sprachengrenze die Fühler auszustrecken.

Nun scheint man aber umzudenken.

Derzeit stehen beim wallonischen Arbeitsamt rund 18.000 offene Stellen aus Flandern zur Verfügung. Das flämische VDAB stellt daneben Arbeitssuchenden aus der Wallonie 500 Ausbildungs- bzw. Umschulungsstellen zur Verfügung.

Wir sind der Meinung, dass gerade die DG eine Vorbildfunktion spielen kann. Die potentiellen Arbeitgeber geben in Flandern oft die Sprache als Hindernis an. Sie befürchten, dass die Mehrsprachigkeit zu mehr Verwaltung und Organisation führt, was zwar nicht von der Hand zu weisen ist, in der DG aber auf weniger Widerstand stößt, da viele Menschen in der DG noch zweisprachig sind.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Wie funktioniert die Zusammenarbeit des ADG Eupen mit dem VDAB und dem wallonischen FOREM ?
2. Wie funktioniert der Datenaustausch unter den verschiedenen Arbeitsämtern in Anbetracht, dass die Mitarbeiter des ADG keinen Zugriff auf die Datenbanken der anderen Vermittlungsdienste haben?
3. Welche Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf Zusammenarbeit werden auf den interministeriellen Konferenzen besprochen?

• **Frage Nr. 1523 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zu den hochqualifizierten Arbeitslosen in Ostbelgien**

Laut Angaben des Arbeitsamtes waren im Jahr 2022 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2.222 Personen als Vollarbeitslos gemeldet. Per Definition handelt es sich dabei um Personen, die ohne Beschäftigung sind, dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung stehen und aktiv eine Beschäftigung suchen.

Mit einer Arbeitslosenrate von 5,9 Prozent wurde im Jahr 2022 der niedrigste Stand der letzten 15 Jahre erreicht. 80 Prozent der Arbeitslosen wohnen im Kanton Eupen, wo die Arbeitslosenrate bei 8 Prozent liegt. Im Kanton Sankt Vith hingegen sind es 2,9 Prozent. Hier kann man quasi von Vollbeschäftigung sprechen.

Wirft man einen genaueren Blick auf die Statistiken und das Ausbildungsniveau der Vollarbeitslosen so stellt man fest, dass im vergangenen Jahr 591 Personen mit Abitur eingetragen waren (26,6%). 330 der Vollarbeitslosen Personen besaßen bzw. besitzen sogar einen Hochschul- oder gar einen Universitätsabschluss (14,8%). Diese kann man meines Erachtens durchaus als hochqualifizierte Arbeitslose bezeichnen.

Vor dem Hintergrund dessen, dass der Fachkräftemangel oder vielmehr der allgemeine Arbeitskräftemangel regelmäßig auf sämtlichen Ebenen beklagt wird, ist es schwer nachvollziehbar, dass wir diese Personen nicht in Arbeit bekommen.

Daher möchte ich Ihnen, werte Frau Ministerin, folgende Fragen stellen:

1. Inwiefern bemüht sich das Arbeitsamt darum, hochqualifizierte Arbeitslose gezielt in den Arbeitsmarkt zu vermitteln?
2. Wie bewerten Sie die Möglichkeiten, arbeitslose Akademiker zwischenzeitlich in anderen Berufsfeldern unterzubringen, bis Sie in Ihrer Spezifikation etwas finden?
3. Welche Ansätze verfolgt die Regierung, um die Zahl der Vollarbeitslosen weiterhin zu verringern?